



über die  
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Dienstag, dem 13.06.2006  
im Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte,  
Ludwig-Schröder-Str. 18

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Gabriele Bartosch  
Frau Marion Dyduch  
Frau Petra Hartig  
Herr Heiko Klanke

Ratsmitglieder CDU

Frau Ina Scharrenbach  
Herr Franz Hugo Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Susanne Hartmann  
Herr Ralf Hinterseer  
Herr Detlef Maidorn  
Frau Gertrud Sändker  
Herr Jörg Theis  
Herr Ludger Töpfer

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Gabriele Krumme

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Herr Jürgen Dunker  
Herr Hennes Gibbels  
Herr Klaus Güldenhaupt  
Herr Gerhard Peske  
Herr Jörn Tautz

## Gäste

Herr Wrobel, JFZ Kamen-Mitte

## entschuldigt fehlten

Herr Kai Brumberg  
Herr Dr. Jörg Frey  
Frau Gabriele Jäger  
Herr Kunibert-Josef Kampmann  
Herr Wilhelm Kemna  
Herr Ludger Krampe  
Frau Annette Mann  
Herr Jan Reinholz  
Herr Kurt Reinholz  
Herr Herbert Ritter  
Frau Svenja Schnober  
Herr Burkhard Treese  
Herr Frank Wecker  
Frau Margit Werner

Frau **Dyduch** begrüßte die Ausschussmitglieder und die Gäste zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor der Sommerpause 2006 im Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte und bot an, die vielfältigen Räumlichkeiten des Jugendzentrums nach der Sitzung in Augenschein nehmen zu können.

Nach Rückfrage von Frau Dyduch wurde beschlossen, nach der fristgerecht zugegangenen Tagesordnung zu verfahren.

Vorab verpflichtete Frau Dyduch Herrn Maidorn als Mitglied des Jugendhilfeausschusses, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umsetzung des Schutzauftrages des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport gem. § 8 a und § 72 a SGB VIII hier: Bericht der Verwaltung	
2	Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 des Landes NRW auf das GTK Erlass einer Beitragssatzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Kamen	048/2006
3	Produktsteuerung Bericht der Verwaltung	
4	Freizeiten 2006 des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport	
5	Bielefelder Screening, Antrag der CDU-Fraktion hier: Bericht der Verwaltung	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## A. Öffentlicher Teil

### Zu TOP 1.

Umsetzung des Schutzauftrages des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport gem. § 8 a und § 72 a SGB VIII  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Gibbels** hielt ein ausführliches Referat anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema „Vernachlässigung / Misshandlung von Kindern und Jugendlichen – Umsetzung des Schutzauftrages des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport gem. § 8 a und § 72a SGB VIII“. Er berichtete, dass er bislang fast 24 Jahre als Sozialarbeiter bei der Stadt Kamen tätig sei und in dieser Zeit schon häufiger mit schweren Misshandlungen und sogar mit Todesfällen von Babys und Kindern konfrontiert gewesen wäre. Um allen KollegInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD / BezirksdienstsozialarbeiterInnen) einheitliche und gleich bewertbare Handlungsansätze in diesem sensiblen Arbeitsbereich an die Hand geben zu können, sei vom ASD-Leiter Arbeitskreis auf Kreisebene im Herbst 2004 ein Konzept entwickelt worden, wonach nunmehr eine kreisweit einheitlich Arbeitsrichtlinie möglich ist (Anlage 1).

Herr Gibbels betonte, dass das seit den 01.10.2005 geltende Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK - Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz) für alle SozialarbeiterInnen des ASD klare, gesetzliche Handlungsanweisungen beinhaltet. In dem Zusammenhang stellte er einige Bearbeitungsbögen (Anlage 2) aus dem Konzept zur Umsetzung des KICK vor.

Frau **Scharrenbach** fasste zusammen, dass frühzeitige Hilfen in diesem Arbeitsbereich notwendig und gesetzlich normiert seien. Sie regte an, die Arbeitsansätze des Konzeptes auch für Kinder- und Jugendeinrichtungen zugänglich zu machen, sowie für die Offene Ganztagschule und für Ärzte und Krankenhäuser zu nutzen.

Frau Scharrenbach erkundigte sich darüber hinaus, ob Daten von durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen von Kleinkindern im Kreis Unna abrufbar seien, um deren Inanspruchnahme ersehen zu können. Ergänzend hinterfragte sie, ob Eltern bei Maßnahmen die im Rahmen des KICK notwendig würden, Kostenersatz leisten müssten.

Herr **Peske** wies darauf hin, dass Eltern im Rahmen ihres Einkommens zu Kostenbeteiligung bei Maßnahmen herangezogen werden könnten und würden.

Herr **Gibbels** ging auf die Anregungen von Frau Scharrenbach bezüglich der Ausweitung der Konzeptansätze und der Vorsorgeuntersuchungsdaten ein und erklärte, dass diese für Kindertageseinrichtungen, die Offene Ganztagschule und Kinderärzte geplant seien, jedoch zur Zeit noch nicht umgesetzt würden. Hinsichtlich der Weitergabe von ärztlichen Daten verwies er auf die evtl. Möglichkeit, diese über die Krankenkassen kontrollieren zu lassen.

Frau **Dr. Krumme** führte an, dass Kamen im kreisweiten Vergleich der Vorsorgeuntersuchungsdaten nicht gut dastünde. Sie kündigte für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Bericht als Vorlage zu den angefragten Daten an.

Herr **Gibbels** wies in diesem Zusammenhang auf die gute Zusammenarbeit des ASD mit den Kinderärzten hin.

Herr **Weber** erkundigte sich nach Interessengemeinschaften von Eltern, denen Kinder entzogen worden seien.

Herr **Gibbels** erklärte, dass ihm solche Interessengemeinschaften aus der Literatur bekannt seien, jedoch in Kamen nicht existierten.

Frau **Dyduch** sprach die Zusammenarbeit mit dem Vormundschafts- und Familiengericht an und betonte, dass die Vorgehensweise von Richtern manchmal als sehr vorsichtig zu bewerten sei.

Herr **Gibbels** stellte heraus, dass durch die Anwendung der „Kamener Praxis“ die Zusammenarbeit mit den Richtern des Amtsgerichtes Kamen wesentlich verbessert wurde (in Anlehnung an das „Cochemer Modell“).

Zu TOP 2.  
048/2006

Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 des Landes NRW auf das GTK  
Erlass einer Beitragssatzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Kamen

Herr **Brüggemann** erklärte zu den Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 des Landes NRW auf das GTK, dass schon der Städte- und Gemeindebund deutlich gemacht hätte, dass diese Gesetzgebung den einseitigen und vorwerfbaren Rückzug des Landes aus der dualen Verantwortung bedeute.

Er wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 2 eine Beschlussvorlage ist, in der über eine, aus Sicht der Verwaltung tragfähige, neue und notwendige Beitragssatzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Kamen abgestimmt würde.

Herr Brüggemann wandte sich an die CDU-Fraktion und appellierte, eine mögliche Ablehnungshaltung zu überdenken. In diesem Zusammenhang ging er auf das Beispiel des diesjährigen WM City-Dressings ein und betonte dessen Refinanzierung, um klarzustellen, dass dort verwandte Finanzmittel nicht zur Cofinanzierung von Elternbeiträgen zu diskutieren seien.

Abschließend stellte Herr Brüggemann fest, dass die Städte des Kreises Unna beim Ansatz einer einheitliche Festlegung von Elternbeiträgen nicht harmonisieren würden.

Herr **Klanke** betonte für die SPD-Fraktion, dass diese nicht glücklich über die Landesgesetzgebung sei und sich eine notwendige Entscheidung über die zu regelnde Kostenverteilung zwischen Familien auf der einen Seite und der städtischen Haushaltslage auf der anderen Seite nicht leicht gemacht hätte. Er führte aus, dass die Landesgesetzgebung Kommunen mit sozial schwacher Struktur, wie z.B. Kamen, belaste, weswegen die SPD-Fraktion sozial gestaffelte Elternbeiträge wolle, um die abzusehenden Belastungen gerecht zu verteilen.

Frau **Möller** erklärte für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass diese den besprochenen Lösungen von sozial gestaffelten Elternbeiträgen notgedrungen zustimmen würden, wobei sie klar darauf verwies, dass die zugrundeliegende Landesgesetzgebung ein familienpolitischer Fehlgriff sei, durch den sich das Land aus der bisherigen Finanzierung herausziehe. Sie betonte, dass der Stadt Kamen in dieser Situation kein „schwarzer Peter“ zugeschoben werden darf und die zur Finanzierung notwendigen Finanzmittel in Höhe von 137.000,00 € nicht einfach einzusparen seien.

Frau **Scharrenbach** ging auf die wachsenden Lebenshaltungskosten von Familien ein und betonte, dass Kinder heutzutage ein Armutsrisiko sind. Sie berichtete, dass die Beitragsanhebung sinnvoll sei, die Landesgesetzgebung jedoch auch nicht auf die Position der Kamener CDU-Fraktion stößt.

Frau Scharrenbach verwies auf die Wichtigkeit der Elementarbildung, die für alle Kinder im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes gegeben sein müsse. Im Bezug auf die zu leistende Finanzierung der Kindergartenbeiträge unterstrich sie die Einschätzung, dass der hierzu notwendige Großteil aus dem Stadtsäckel und nicht über Familien finanziert werden müsste. Sie schlug vor, 50 % der gegebenen Kosten über die Stadt zu finanzieren, um so die Elternbeiträge gering halten zu können. Sie erklärte, dass sich die Investition von 70.000,00 € langfristig rechnen würde und Familien hierdurch nicht der „schwarze Peter“ zugeschoben würde.

Herr **Brüggemann** ging auf den Finanzierungsvergleich Kindergartenbeiträge und WM City-Dressing ein und stellte ihn als populistisch heraus. Er stellte das vorgelegte Finanzierungskonzept als Spagat heraus und appellierte an die CDU-Fraktion flexibel zu sein und bis zur Sitzung des Rates die vertretene Position zu überdenken.

Herr **Klanke** unterstrich die Ausführungen von Herrn Brüggemann und führte aus, dass die Kosten zu Finanzierung des GTK jährlich anfielen, die Kosten für die WM 2006 jedoch nur einmalig seien. Überdies seien im Jahr 2007/08 schon jetzt Neuerungen im GTK zu erwarten, die andere Kosten und Beitragsstrukturen ggf. erforderlich machten. Abschließend führte er aus, dass durch die Umsetzung des vorgelegten Finanzierungskonzeptes die Familienfreundlichkeit der Stadt Kamen nicht leiden würde.

Frau **Scharrenbach** bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Brüggemann und stellte heraus, dass die Erhöhung der Beiträge für die elementare Bildung prinzipiell von der CDU-Fraktion nicht gewollt sei, in der jetzigen Situation jedoch ein höherer städtischer Zuschuss zu den Kosten notwendig wäre.

Frau **Möller** stellte klar heraus, dass ein beitragsfreier Kindergartenplatz allseits gewünscht würde und sinnvoll sei. Die Entscheidung hierüber sei jedoch Aufgabe von Land und Bund. Sie ging auf die zu erwartende Novelle des GTK ein und befürchtete, dass zukünftig eine soziale Staffelung der Beiträge nicht mehr gegeben sei. Sollte sich hierdurch bedingt eine stärkere finanzielle Belastung der besser verdienenden Eltern ergeben, stünde zu befürchten, dass sich diese nach alternativen Möglichkeiten der Unterbringung umsehen würden.

Frau **Dyduch** verwies auf die ausstehende GTK-Novellierung und schlug vor, sich danach erneut mit den vorliegenden Papieren zu beschäftigen. Sie ließ in Folge über die Beschlussvorlage abstimmen.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Beitragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Kamen.

**Abstimmungsergebnis:** mit 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 3.

Produktsteuerung  
Bericht der Verwaltung

Herr **Peske** hielt einen Bericht zur Produktsteuerung des Fachbereichs 51 (Anlage 3). Hierzu stellte er das Produkt 36.03.01 mit seinen einzelnen Buchungsstellen als Präsentation vor und erklärte, dass die Erträge, wie im Haushaltsplan ausgewiesen, erzielt würden.

Im Bereich der erzieherischen Hilfen referierte er anhand einer Folie, dass die Zahlen der Heimpflegen gestiegen seien und das sich der Bereich der Vollzeitpflege ebenfalls erhöht hat, was im dortigen Bereich zu Mehrausgaben führe. Hinsichtlich der Tagespflege wird ebenfalls eine Erhöhung auf bis zu 70 Stellen erwartet. Für die in der Summe kalkulierten Mehrausgaben in Höhe von ca. 58.000,00 € wird erhofft, dass diese im Produkt ausgeglichen werden können.

Herr **Dunker** stellte in Folge anhand einer Säulengrafik die wesentlichen Buchungsbereiche des FB 51.2 vor (Anlage 4). Neben gestiegenen, laufenden Leistungen der Offenen Jugendarbeit samt Ferienfreizeiten und gestiegenen Honorarkosten ging er auf bislang verringerte Landeszuschüsse ein.

Frau **Möller** erkundigte sich, ob das Ferienspiel MiniKamen bedingt durch nicht gewährte Landeszuschüsse gefährdet sei.

Herr **Dunker** erklärte, dass dies nicht der Fall sei. Bislang nicht ergangene Bewilligungsbescheide bezögen sich auf andere, beantragte Projekte.

Frau **Scharrenbach** fragte nach dem Stand der Planung zum zu erstellenden Kinder- und Jugendförderplan.

Herr **Dunker** verwies auf den TOP „Mitteilungen“, in dem er näher auf die Planungen zum Kinder- und Jugendförderplan eingehen wolle.

Zu TOP 4.

Freizeiten 2006 des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport

Herr **Dunker** hielt einen Folienvortrag über die diesjährige Städt. Spanienferienfreizeit, der auch beim Elternabend gezeigt wurde. Er berichtete über den Campingplatz, die Unterbringung und Verpflegung, sowie über das geplante Programm vor Ort. Ergänzend referierte er über die Städt. Kinderferienfreizeit nach Verchen in Mecklenburg Vorpommern und stellte die diesjährigen Ferienprogramme der Offenen Jugendarbeit, bis auf das Ferienspiel Mini-Kamen, vor.

Herr **Wrobel** stellte, ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dunker, das Ferienspiel Mini-Kamen 2006 vor. Er betonte, dass es für 220 Kinder konzipiert sei, in der 27. und 28. KW 2006, jeweils von 10.00 bis 16.00 Uhr, stattfinden und 25,00 € pro Person kosten würde. Um das Ferienspiel in diesem Ausmaß anbieten zu können, seien 14 erfahrene Betreuer notwendig und eine 2wöchige Aufbauzeit eingeplant. Er resümierte, dass Mini-Kamen nunmehr seit 5 Jahren angeboten würde und seither nur positive Rückmeldungen ergangen seien. Er machte auf die eigens eingerichtete Homepage [www.minikamen.de](http://www.minikamen.de) aufmerksam und stellte heraus, dass 85 % der Kosten durch Sponsoren finanziert würden.

Herr **Maidorn** bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Dunker und hinterfragte die gestiegenen Kosten der Städt. Ferienfreizeiten.

Herr **Dunker** erklärte diese mit der steigenden Zahl der Anmeldungen / TeilnehmerInnen, die einerseits höhere Kosten bedingen würden, auf der anderen Seite jedoch auch höhere Einnahmen mit sich brächten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Gegebenheit, dass die vollzahlenden TeilnehmerInnen kostendeckend verbracht würden.

Herr **Brüggemann** kündigte einen Bericht zu den Städt. Ferienfreizeiten für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses an.

Herr **Klanke**, der in diesem Jahr zeitgleich eine Ferienfreizeit der AWO in Spanien leite, erklärte, die Städt. Jugendgruppe vor Ort besuchen zu wollen, um ihnen Grüße von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zu übermitteln.

Zu TOP 5.

Bielefelder Screening, Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Peske** referierte zum derzeitigen Sachstand des Projektes „Bielefelder Screening“. Er erklärte, aktuell alle Grundschulen und Kindertageseinrichtungen angeschrieben zu haben. Das Bielefelder Screening wird teilweise bereits seit dem Jahr 2001 durchgeführt. Jährlich würden hierbei 25 bis 30 Kinder jeweils 10 und 4 Monate vor deren Entlassung aus den Kindertageseinrichtungen getestet, wobei diese Tests gerade bei Sprachunterschieden besonders schwierig seien. Das Würzburger Förderkonzept würde als Maßnahme nach dem Bielefelder Screening umgesetzt. Alle Eltern würden die Testung begrüßen und deren Zusammenarbeit mit den Fachleuten sei eng und gut.

Herr Peske betonte, dass die katholischen Einrichtungen die Einzigen seien, die die Testungen nach dem Bielefelder Screening nicht durchführen würden. Er führte weiter aus, dass die Grundschulen die Testung positiv bewerten würden, jedoch bemängelten, dass sich einige Kindertageseinrichtungen mit der Weitergabe von personenbezogenen Daten schwer täten.

Er betonte ergänzend, dass die Testung pro Kind ca. 25 Minuten dauern würde und eine hohe zeitliche Belastung für das Personal bedeute.

Frau **Scharrenbach** bewertete den Bericht als positiv und betonte, dass sich alle Beteiligten der Aufgabe weiterhin stellen müssten. Sie schlug vor, den Übergang von Kindertageseinrichtung und Schule weiter zu harmonisieren. In diesem Zusammenhang sollten gemeinsame Leitlinien entwickelt werden, um die weitere Zusammenarbeit zu fördern. Insgesamt, so resümierte sie, müsse die Verzahnung vom Elementarbereich und Grundschule gefördert werden. Frau Scharrenbach stellte heraus, dass die Gründe, warum die katholischen Einrichtungen das Bielefelder Screening nicht anwenden würde, nicht bekannt seien und insofern klärende Gespräche mit dem Träger geführt werden müssten.

Herr **Güldenhaupt** betonte ausdrücklich, dass es vielfältige und gute Kontakte zwischen den Leitungen der Kindergärten und den Schulen gäbe und das überdies kleinräumig vor Ort in den einzelnen Stadtteilen die Arbeit intensiviert würde.

## Zu TOP 6.

### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 6.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1.1 Herr **Güldenhaupt** berichtete über die einzuführenden Familienzentren und das sich vier Einrichtungen der AWO und eine Einrichtung der evangelischen Kirche in Methler als Familienzentrum beworben hätten. Er wies darauf hin, dass von Seiten der Verwaltung ein Schreiben ans Ministerium ergangen sei, in dem die AWO Einrichtung „Atlantis“ vorgeschlagen wurde, welche sodann auch den Zuschlag als Familienzentrum erhalten habe.
- 6.1.2 Herr **Güldenhaupt** ging auf den TOP Mitteilungen der letzten Jugendhilfeausschusssitzung ein, in dem irrtümlicherweise nicht der Lions Club Kamen als Fördergeldgeber für den Förderverein für Jugendhilfe genannt wurde. Herr Güldenhaupt bedankte sich nachträglich bei Herrn Töpfer und entschuldigte das Versehen.
- 6.1.3 Herr **Dunker** erklärte, dass zur Erstellung eines Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Kamen bereits erste, grundlegende Beteiligungsverfahren eingeleitet seien. Er führte aus, bislang alle Schulen angeschrieben zu haben, um auf die Möglichkeit einer Onlineumfrage ([www.useyourvoice.de](http://www.useyourvoice.de)) - zur Ermittlung des Freizeitverhaltens von Kindern und Jugendlichen aus Kamen - aufmerksam zu machen. Ein Wettbewerb, indem auch Klassen Geldgewinne für die Klassenkasse erzielen könnten, soll den Beteiligungsanreiz noch erhöhen. Überdies bestünde zukünftig über die Internetseite ([www.wir-gemeinsam.de](http://www.wir-gemeinsam.de)) die Möglichkeit einer direkten Kontaktsuche bei Arbeitsanliegen. Des Weiteren führte er an, dass am 20.06. alle KlassensprecherInnen der weiterführenden Schulen und VertreterInnen anderer Institutionen, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit in Kamen befassen, eingeladen sind. Für den Monat September verwies er auf ein weiteres Informationsgespräch mit den Vorsitzenden aller Vereine / Verbände sowie des Stadtjugendrings, in dem Zusammenarbeit und Fördermöglichkeiten beraten werden soll. Die gesamten Arbeitsergebnisse der einzelnen Beteiligungsverfahren sollen dann Gegenstand und Grundlage für den zu erstellenden Förderplan sein.

## 6.2 Anfragen

Frau **Möller** ging auf den TOP 5 ein und verwies in Bezug auf die Weitergabe von personenbezogenen Daten darauf, dass diese Informationen auch über die Eltern weitergegeben werden könnten. Ggf. könne auch so ein einheitliches Verfahren vorangetrieben werden.

Herr **Brüggemann** führte zum TOP 5 hinsichtlich der Nichtdurchführung des Bielefelder Screenings in den Einrichtungen des katholischen Trägers aus, dass die Zusammenarbeit gut sei und das von Seiten der Stadt nicht durch die Androhung eines Rückzuges aus gegebenen Förderungen versucht werden würde, Einfluss zu nehmen.

Frau **Scharrenbach** nahm Bezug zu den Ausführungen von Herrn Brüggemann und erklärte, dass sich die katholische Kirche nicht dem seinerzeitigen Wunsch des Ausschusses nachgekommen sei und das versucht werden müsse, in Gesprächen zu klären, welche Gründe für die Versagung vorlägen.

Herr **Brüggemann** gab darauf hin den Gesprächsauftrag den Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mit, die als Teil des Jugendamtes ebenfalls zur Klärung beitragen könnten.

Frau **Dyduch** beendete die Sitzung um 18.15 Uhr.

---

Marion Dyduch  
Vorsitzende

---

Klaus Güldenhaupt  
Schriftführer

### Anlagen

Richtlinien  
Meldebogen  
Bericht zur Produktsteuerung  
Buchungsbereiche